

PRESSEMITTEILUNG

# Ohne die Profession Pflege keine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein

Bad Schwartau, 17.05.2023

**Der Sozialausschuss im schleswig-holsteinischen Landtag befasst sich derzeit mit der Förderung einer sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung sowie mit einer verbesserten Versorgung von Menschen mit Behinderung. In zwei Stellungnahmen zu entsprechenden Anträgen von Regierung wie Opposition fordert der DBfK Nordwest nicht nur eine Vernetzung der Sektoren ambulant und stationär, sondern auch eine Überwindung der Barrieren zwischen den Sozialgesetzbüchern V und XI sowie die Einrichtung eines sektorenübergreifenden Landespflegeausschusses.**

„Aus Gesprächen wissen wir, dass sowohl Vertreter:innen der Ärztekammer als auch der Interessengemeinschaft der Therapeut:innen offen und bereit für grundlegende Veränderungen der Versorgungsstrukturen sind“, sagt Swantje Seismann-Petersen, stellvertretende Vorsitzende des DBfK Nordwest. „Sie sehen genau wie wir, dass eine zukunftsfähige Gesamtversorgung alle Ebenen sowie gesundheitsbezogenen Professionen einbeziehen muss und sich von der Prävention bis zur Rehabilitation und schließlich Palliation erstreckt. Mittel- und langfristig müssen daher die Planungen zu den Landeskrankenhäusern, kassenärztlichen Sitzen und der kommunalen Gesundheitsversorgung zusammengedacht werden. Dabei sollte die Regierung ein besonderes Augenmerk auf den Einsatz von akademisch qualifizierten Pflegefachpersonen legen und deren Kompetenzen umfänglich nutzen. Dazu fordern wir einen sektorenübergreifenden Landespflegeausschuss, der insbesondere die bislang arztzentrierten Strukturen im Gesundheitssystem überdenken muss.“

Der DBfK setzt sich in diesem Zusammenhang für eine Neujustierung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Gesundheitsprofessionen ein, mit einer Erweiterung speziell der pflegerischen Verantwortung. Eine umfassende Etablierung von Community Health Nursing ist dafür ebenso unerlässlich wie Gesundheitszentren unter Beteiligung oder Leitung von Pflegefachpersonen. Von einer solchen Ausweitung des Versorgungsangebots könnten auch Menschen mit Behinderung enorm profitieren, möglicherweise mehr als von einer weiteren exkludierenden Sonderform der Versorgung. Dazu bedarf es laut DBfK aber auch einer Qualifizierung des gesamten

**Regionalverband Nordwest**Bödekerstraße 56  
30161 HannoverAnsprechpartnerin:  
Katharina von CroyT +49 511 696844-0  
F +49 511 696844-299presse-nordwest@dbfk.de  
www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).

Gesundheitspersonals und nicht zuletzt der Finanzierung von wiederkehrenden (Dauer-)Behandlungen.

„In Schleswig-Holstein fehlen sektorenübergreifende, niedrighschwellige Versorgungsstrukturen für Menschen mit komplexen Problemlagen wie beispielsweise geistiger oder mehrfacher Behinderung und/oder Pflegebedürftigkeit komplett“, betont Swantje Seismann-Petersen. „Daher brauchen wir dringend Gesundheitszentren oder Primärversorgungszentren, auch als Alternative zu Krankenhäusern, die im Zuge der Krankenhauspflegereform geschlossen werden könnten. Pflegefachpersonen können eine entscheidende Rolle in der primären Gesundheitsversorgung übernehmen und sie müssen es auch. Besonders hochspezialisierte Pflegeexpert:innen APN (Advanced Nurse Practitioners) sind prädestiniert dafür, im Sinne eines Fallmanagements die bestmögliche Versorgung von Menschen mit Pflegebedarf zu planen, koordinieren, überwachen und evaluieren. Außerdem können spezialisierte Pflegefachpersonen für deutlich verbesserte Abläufe bei der Verordnung von Heil- und Hilfsmitteln sorgen. Daher unser dringendes Angebot an die politisch Verantwortlichen in Schleswig-Holstein, uns als DBfK von Anfang an einzubeziehen, auch wenn es um die Schaffung von Modellprojekten oder -regionen geht.“

[Stellungnahme „Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung verbessern“](#)

[Stellungnahme „Stabile und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend weiterentwickeln“](#)